Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 7-8

Artikel: Ideen zur Zukunft der UNO
Autor: Hensel, Gert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165303

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ideen zur Zukunft der Uno

Die im folgenden skizzierte Organisation föderalistisch gegliederter Völker- und Kulturgemeinschaften bzw. Zivilisationen – der auf kontinentaler Ebene Vereinten Staaten und Regionen – ist zum Teil innerhalb der bestehenden Strukturen der Uno bereits vorgegeben und bedarf also nur einer Anpassung an real existierende politische Verhältnisse.

Anlässlich der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages gab der F.D.P.-Abgeordnete *Ulrich Irmer* in der Diskussion über die Zukunft der Vereinten Nationen, ihre Reform und Stärkung sowie eine mögliche aktive Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland folgendes Votum ab:

«Man wird leicht verlacht, wenn man von Visionen spricht. Man wird darauf hingewiesen, dass sich die Politik mit Realitäten zu beschäftigen habe, mit dem, was man vorfindet, dass man sich mehr oder weniger mit dem abzufinden habe, was nicht in ganz kleinen Schritten von Tag zu Tag erreicht werden kann. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube: Wir tun alle miteinander gut daran, uns an Visionen zu erinnern, Visionen weiterzuentwickeln und anzustreben, dass wir vielleicht eines Tages wenigstens einen Teil dieser Visionen umsetzen können.»

Der stenographische Bericht vermerkt an dieser Stelle Beifall von der F.D.P., der CDU/CSU sowie den Abgeordneten *Uwe Holtz* und *Gert Weisskirchen* von der SPD. Zustimmung erhält der Sprecher der Liberalen auch, wenn er generell eine Weiterentwicklung des Völkerrechts fordert und die Frage stellt, ob man nicht das *«Instrument der regionalen Abmachungen – denn das ist die KSZE im Sinne der Charta der Vereinen Nationen – als ein Muster nehmen»* soll, als eine Art Modell, um *«ähnliche Institutionen in anderen Weltregionen»* einzurichten, oder auf die *«Idee der Weltinnenpolitik»* zu sprechen kommt, *«die wir mit der Institution Vereinte Nationen verknüpfen: wie wir (...) in unserer Gesellschaft dem Staat das Gewaltmonopol zuweisen, so könnte man sich doch auch die Welt vorstellen»*. Neben diesen Vorstellungen wird jedoch die wirklich originäre Idee für eine Gestaltung der globalen Ordnung, die eingebettet in einem Antrag dem Bundestag vorliegt, woran der Liberale mitgewirkt hat, bei seinem Vortrag im Plenum leider mit keiner Silbe erwähnt.

Vertretung der EU im Sicherheitsrat

Als *«ideale Lösung»* kann sich der deutsche Aussenminister *Klaus Kinkel* 1992 noch vorstellen, dass im Sicherheitsrat für die Europäische Gemeinschaft ein *«gemeinsamer Sitz»* geschaffen werde. Allerdings glaubt er auch, *«dass das im Augenblick eher utopisch»* sei. Seitdem ist es tatsächlich um diese Variante still geworden. Später, im September 1993, redet Kinkel nur noch davon, dass die Bundesregierung sich bemühe, *«einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erreichen (...) mit allen Rechten, aber auch mit allen Pflichten»*. Beim Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, *Christian Ruck*, bleibt immerhin die originäre Idee in einem Absatz versteckt bestehen – ohne allerdings vom Auditorium mit Beifall bedacht oder in einer Diskussion gewürdigt zu werden: *«Denkbar und wünschenswert wäre (...) die Vertretung von Teilen der Erde durch regionale Zusammenschlüsse – vorausgesetzt, sie sind funktionsfähig und demokratisch legitimiert. Den Prozess dazu könnte die Europäische Gemeinschaft mit gutem Beispiel und einem gemeinsamen Sitz im Weltsicherheitsrat sicher beschleunigen.»*

Zum Schluss dieses parlamentarischen Geplänkels vom September 1993 bleibt als Forderung des Bundestages an die Bundesregierung, sich bei der Reform des Sicherheitsrates für die *«Möglichkeit einer Vertretung regionaler staatlicher Zusammenschlüsse wie der Europäischen Gemeinschaft»* einzusetzen. Die Vorstellung vom gemeinsamen Sitz einer EG im Sicherheitsrat, so formuliert *Karl Kaiser* vom Forschungs-

institut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik dann im November 1993, bleibe zwar *«ein wünschenswertes Ziel deutscher und europäischer Politik»*, sei aber *«auf längere Sicht unrealistisch»*.

Die Debatte um das ad acta gelegte Programm ist ausführlich dokumentiert worden, weil darin der Kern der Lösung einer tatsächlich heilsamen «Agenda für den Frieden» verborgen liegt, weil eine Chance ungenutzt vertan wurde – und weil das alles mit einer Publikation korrespondiert, in der ich im Juni 1991 (Heft 6 der «Schweizer Monatshefte» für Politik, Wirtschaft, Kultur) zum ersten Mal eine Organisation der Vereinten Nationen in ihrer endgültigen Funktion als Clearing-Stelle für die Weltinnenpolitik der Zukunft skizziert habe, welche aufgrund der Ordnung der neun global föderalistisch strukturierten Völker- und Kulturgemeinschaften mit kontinentalen Vertretungen funktioniert – Nordamerika, Südamerika, Europa, Euro-Asien, islamische Welt, Afrika, Indo-Asien sowie asiatischer und pazifischer Raum –, die jeweils mit einer Stimme und einem Sitz im Sicherheitsrat ihre *«Kräfte (...) vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren»*.

Die Uno soll eine Clearing-Stelle für die Weltinnenpolitik sein, welche aufgrund der Ordnung der global föderalistisch strukturierten Völker- und Kulturgemeinschaften mit kontinuierlichen Vertretungen funktioniert.

Koexistenz unterschiedlicher Zivilisationen

Diese Idee stimmt auch mit Thesen von *Samuel P. Huntington*, Direktor des John M. Olin Instituts für strategische Studien in Harvard, überein, der die Ansicht vertritt, dass für die erkennbare Zukunft keine universale Zivilisation zu erwarten sei, sondern eben eine Welt der unterschiedlichen Zivilisationen bestehen bleibe, die mit den jeweils anderen in Frieden koexistieren müsse. Erfolgreiche politische wie wirtschaftliche Institutionen für internationale Sicherheit und Zusammenarbeit werden sich – so Huntington – eher im Rahmen dieser Zivilisationen entwickeln als diese Räume übergreifend.

«Das Ende der Selbstverständlichkeiten» verkündet im Juni 1993 ein Aufsatz, in dem *Werner Weidenfeld* über *«Europa und Amerika auf der Suche nach einer neuen Ordnung»* nachdenkt und u.a. *«von beiden Partnern (...) eine neue Identitätsorientierung erwartet»*. Zugunsten der EU (damals noch EG genannt), so hatte der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen bereits 1990 prognostiziert, verschiebe sich das *«relative politische Gewicht der Nato»*, da die EG, als *«Partner und Gegenpart der Weltmächte»*, auch *«im transatlantischen Dialog die Macht- und Einflussstrukturen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten besser»* abbilde.

Amerikaner und Europäer *«werden ihr Verhältnis als Lern- und Problemlösungsgemeinschaft begreifen müssen»*. Das gilt heute erst recht für den amerikanisch-europäisch-euroasiatischen Dialog und darüber hinaus natürlich für den gesamten, globalen Dialog aller Zivilisationen. *«Die zivilisatorischen Differenzen bilden»*, so schreibt Samuel P. Huntington im bereits zitierten Aufsatz, *«durch das Verständnis von Gemeinschaft und Individuum, Freiheit und Pflichten, Gleichheit und Hierarchie tief verwurzelte Trennungslinien»*, die *«nicht aufgehoben, allenfalls entschärft werden»* können. Huntington macht in diesem Zusammenhang u.a. auf die *«Unverträglichkeit der weltanschaulichen Normen»* aufmerksam – und die gilt es, wie erneut anzumerken ist, zu respektieren, ohne sie zu dramatisieren oder gar zu dämonisieren.

Gehört Russland zu Europa?

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das heutige Russland vollumfänglich zur europäischen Zivilisation gehört. Vom Ural als der Grenze eines oft beschworenen *«europäischen Kontinents»* (selbst die Präambel beim Vertrag von Maastricht verwendet diese Formel) hat *François Bondy* einmal festgestellt, er sei *«weder historisch noch geographisch»* eine solche, *«sondern eine bescheidene Erhebung. Reisende (...) im achtzehnten Jahrhundert (...) hätten ihn durchquert, ohne es wahrzunehmen»*. François Bondy macht schon 1989 ausserdem deutlich, worum es sich bei dieser Art von Grenze handelt: *«Ein Europa bis zum Ural impliziert (...) die Teilung der Sowjetunion. Die eine Hälfte stünde unter dem europäischen Dach, die andere im Regen.»*

Zwar existiert die Sowjetunion in der alten Form nicht mehr, doch auch im veränderten Umfeld hat die Vision *«Europa bis zum Ural»* nichts mit den realen geopolitischen und globalen Aufgaben zur Bewältigung der zivilisatorischen Kernfragen zu tun. Fest steht allemal, wie es vom deutschen Verteidigungsminister *Volker Rühe* im März 1994 verkündet wurde, dass *«mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (...) ein Instrument regionaler Sicherheit entstanden»* ist, nachdem bereits Mitte Januar Aussenminister *Kosyrew* in Radio Russland zu berichten hat, die Gemeinschaft habe *«ein Mass an Reife erlangt»*, aufgrund derer sie das Bedürfnis verspüre,

«Teilnehmer am Weltprozess zu werden, und (...) sich von einem regionalen zu einem globalen Faktor» wandle.

Ende der Vormachtstellung westlichen Denkens

Nicht nur für Asiaten stimmt, was Ende März 1994 der Präsident von Korea (Süd), *Kim Young-sam,* bei einem Staatsbesuch in Japan laut Pressebericht zu sagen hat: *«Der Einfluss des Westens habe Asien während der vergangenen hundert Jahre in Verwirrung gestürzt; ängstlich seien die Völker darauf bedacht gewesen, Anschluss an die westliche Zivilisation zu finden. Heute aber verschiebe sich die Bühne des Weltgeschehens in den Pazifischen Raum, und Ostasien stehe im Zentrum der Aufmerksamkeit: Asiaten sollten sich auf sich selbst besinnen und Asien in einem neuen Licht sehen.»*

Der Einfluss des Westens, der Asien *«in Verwirrung»* gestürzt hat, ist wahrhaftig weltweit schon wesentlich länger wirksam als die genannten hundert Jahre – auch aus Afrika, Australien, dem Pazifik oder vom amerikanischen Kontinent kennt die Menschheit die Kunde vom Kolonialismus der historischen Neuzeit mit all seinen Grausamkeiten und Errungenschaften seit mehr als 500 Jahren. *«Allzu lange»,* meldet ein Korrespondent aus Tokio, und für den Kontext hier stehen alle Namen lediglich stellvertretend, *«haben Japan und Südkorea sich mit Statistenrollen in der eigenen Sicherheitspolitik begnügen müssen (...) der Dialog war von Washington vermittelt, von der Kolonialvergangenheit beschwert und von den Bündnisregeln des kalten Krieges jeder Freizügigkeit gegenüber Dritten, China vor allem, beraubt».* Die Welt braucht die Abkehr des Menschen vom «alten Denken» in Kategorien des Kolonialismus oder des Krieges, der Vormacht, Allmacht oder Supermacht, die die Strukturen der Uno nach wie vor beeinflussen.

Die Welt braucht die Abkehr des Menschen vom «alten Denken» in Kategorien des Kolonialismus oder des Krieges, der Vormacht, Allmacht oder Supermacht, die zum Teil die Strukturen der Uno noch beeinflussen.

Die skizzierte Ordnung mit neun föderal gegliederten Völker- und Kultur-Gemeinschaften bzw. Zivilisationen – der «kontinentalen» (ein, zugegeben, noch nicht voll befriedigender Begriff) Vereinten Staaten und Regionen – umfasst also die VSR von Nordamerika, die VSR von Europa sowie die VSR auf dem Gebiet der GUS, das im Konzept Euro-Asien genannt ist. Zu den VSR von Nordamerika gehören – dies sei hier unterstrichen – neben den Bundesstaaten der USA und den Provinzen in Kanada auch die autonomen indianischen Völker mit ihren autochthonen Kulturen wie Territorien (z.B. Nunavat oder die Navajo-Nation). Sie sind gleichberechtigte «Subjekte». Die VSR von Europa hätten ihrerseits den Basken, Iren, Samen, Sorben, Albanern und weiteren Bevölkerungsgruppen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Autonomie einzuräumen.

Die global «kontinentale» Ordnung ist innerhalb der gegenwärtig existierenden Uno-Ordnung bereits in Ansätzen vorhanden – die föderale Struktur wird schwieriger zu verwirklichen sein. Verwiesen werden kann bei der globalen Uno-Ordnung in diesem Zusammenhang auf die bisher beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) gültige Gliederung der «Regional Economic Commissions», die für Europa, Asien und den Fernen Osten, Afrika, Lateinamerika sowie das westliche Asien eingerichtet sind. Nach einem ähnlichen Schema werden denn auch als Mitglieder der ECOSOC-Unterkommission für die Verhinderung von Diskriminierung und den Schutz von Minderheiten Kandidaten aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa sowie Westeuropa plus anderen Staaten (d.h. aus Nordamerika) gewählt. In einem Bericht der «Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen» (Nr. 5/1993) über der Uno vorliegende Vorschläge zur Neuordnung des Sicherheitsrates findet sich diese Aufteilung der Welt erneut, bis hin zu der Behauptung, es gäbe *«fünf Kontinente».* Die hier vorgeschlagene Aufteilung in neun geopolitische Gebiete ist denn doch realistischer als eine Einteilung in fünf Kontinente.

Plädoyer für eine neue Uno

Da scheinen doch, deutlich genug, alte koloniale Ordnungsvorstellungen durch aus der Zeit der Uno-Gründung, als «der Westen» mit seinen Vorstellungen noch eindeutig dominierte. Eine anders arrangierte Struktur allerdings wird im Uno-Dokument S/25184 vom Januar 1993 deutlich, wenn dort im Namen des Sicherheitsrates sein Präsident erklärt: *«Der Sicherheitsrat unterstützt in Anbetracht der konstruktiven Beziehungen, die er mit der Liga der Arabischen Staaten, der Europäischen Gemeinschaft, der Organisation der Islamischen Konferenz, der Organisation der Amerikanischen Staaten und der Organisation der Afrikanischen Einheit unterhält, die Absicht des Generalsekretärs, (...) regionale Abmachungen und Organisationen, die noch nicht den Beobachterstatus*

bei den Vereinten Nationen beantragt haben, aufzufordern, dies zu tun.»

Hier fehlt, meiner Meinung nach, die «Südostasiatische Gemeinschaft für regionale Zusammenarbeit» (Sarc/Sapta) mit den Mitgliedern Indien, Pakistan, Bhutan, Nepal, Bangladesh, Sri Lanka und den Malediven – was in meinem Konzept den Vereinten Staaten und Regionen (VSR) von Indo-Asien entspricht. Zur oben genannten Einladung passt ebenso eine regionale Abmachung, wie sie die Asean-Staaten praktizieren, die, um Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea erweitert, ohne weiteres die VSR des Pazifik ergeben. Und China, die Mongolei, Korea und Japan werden sich, so steht zu hoffen, zu den geopolitisch und wirtschaftlich sinnvollen Vereinten Staaten und Regionen von Asien zusammenfinden, als deren Mitglieder auch Kambodscha, Laos und Vietnam denkbar sind, wenn die denn nicht, wie Thailand, eher zur Asean-Pazifischen Völkerordnung tendieren.

China, die Mongolei, Korea und Japan werden sich, so steht zu hoffen, zu den geopolitisch und wirtschaftlich sinnvollen «Vereinten Staaten» und Regionen von Asien zusammenfinden.

Mit dieser Darstellung ist die Struktur der neun globalen geopolitischen Gebiete (global areas) deutlicher porträtiert, die jeweils als Vereinte Staaten und Regionen mit entsprechenden «Mechanismen zur Verhinderung, Kontrolle und Lösung von Konflikten» versehen sind. Derartige «Mechanismen» zu schaffen, haben z. B. beim OAU-Gipfel die Aussenminister 1993 in Kairo beschlossen – und Koreas Aussenminister Kim Young-sam hat beim bereits zitierten Japan-Besuch eine KSZE für Asien gefordert. Tatsächlich gebraucht wird eine KSZE für jedes dieser globalen Gebiete, quasi als Untergruppe / Vollzugsorgan einer Uno-KSZE mit Frühwarn-, Koordinations-, Datenbank- und Wissenschaftszentrum, ähnlich einer UNEP als umweltpolitischer oder einer UNDP als wirtschaftlicher wie technologischer Weltentwicklungsagentur.

Für die VSR von Afrika besteht bereits eine «Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker», die, obwohl in der praktischen Politik selten verwirklicht, Vorbild sein sollte für eine Ergänzung der Uno-Charta von den allgemeinen Menschenrechten. Das Zitat entstammt einem, 1986 im «Human Rights Law Journal» publizierten Aufsatz von *Manfred Novak: «Indem eine Anzahl von Kollektiv-Rechten der Völker aufgenommen werden, markiert sie einen bedeutsamen Schritt vorwärts in der Entwicklung einer dritten Generation von Menschenrechten. Zum ersten Mal unternimmt es ein internationaler Vertrag, den Völkern nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung zu sichern, sondern ebenso das Recht auf Existenz, Gleichheit, Entwicklung, Frieden, Sicherheit und eine allgemein zufriedenstellende Umwelt.»*

Diese VSR werden analog dem Verfahren bei der EU, von der Troika ihrer obersten Repräsentanten – dem regierenden Präsidenten, flankiert von seinem Amtsvorgänger und -nachfolger – geleitet und bilden mit jeweils einem geltenden Sitz und einer gültigen Stimme den neuen Sicherheitsrat. Sie lösen damit ein System ab, das von den Mächtigen beherrscht wird, die gleichzeitig auch die weltweit grössten Waffenproduzenten und -lieferanten sind.

Uno-Generalsekretär *Boutros Boutros-Ghali* hat in seiner «Agenda für den Frieden» folgenden Wunsch geäussert: *«Ich möchte (...) dass eine grundlegende Erneuerung der Vereinten Nationen stattgefunden haben wird, wenn sie ihren fünfzigsten Jahrestag begehen». «Kühne neue Schritte»* sollen alle Mitgliedstaaten *«unternehmen»*, so fordert Uno-Dokument S/258559, und es liege *«eindeutig in unserer Macht»*, um nochmals den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen zu zitieren, *«eine neue Uno für eine neue internationale Ära zu schaffen».* ✦

GERT HENSEL

GERT HENSEL, geboren 1937 in Ostpreussen, lebt seit 1985 in Erbach im Odenwald. Zentrales Thema der Berichterstattung für Hörfunk und Zeitschriften ist der Kampf um den Fortbestand indianischer Nationen und Völker in Nordamerika, u. a. im Rahmen der Uno in Genf, «Naturvölker – Ein Problem für die Vereinten Nationen», in: «Schweizer Monatshefte», Juni 1991; «Von Minderheiten und Menschen – Der schwere Weg der Uno in eine neue Ära», in: «Schweizer Monatshefte», Oktober 1993. Buchveröffentlichungen, vor allem: «Strahlende» Opfer – Amerikas Uran-Industrie, Indianer und weltweiter Überlebenskampf, Focus Verlag, Giessen 1987.